

## Ausschnitt aus der Rede von Bürgermeister Warmer anlässlich des Neujahrsempfanges vom 06.01.19

„[...] Ich hatte immer wieder auf den immensen Investitionsstau in Reinbek verwiesen. Der war natürlich allen bekannt und jetzt schlagartig geht die Saat auf. Dabei hat Bürgervorsteher Lohmann in seiner Neujahrsrede 2018 vor den sich auftürmenden Schulden gewarnt. Wir erinnern uns, ansich hatten wir Schulden in schon erheblichem Maße abgebaut, was sicherlich ein nachhaltiges Unterfangen ist. Ebenso sicher ist jedoch, dass wir Investitionen zu tätigen haben und da geht es nie ums Ob, sondern nur ums Wie und Wann. Und deshalb das Plädoyer, das sich aus dem Haushaltsentwurf ergab. Das Zinsniveau ist noch immer sehr niedrig - wenn also investieren, dann jetzt. Wer will denn erklären, dass man mit den sprudelnden Einnahmen derzeit nur seinen Haushalt saniert und gleichzeitig die Eltern animiert, die Klassenräume ihrer Kinder selbst zu streichen? Ich nicht.

Das heißt im Umkehrschluss natürlich nicht, dass mir höhere Schulden lieb wären, wem schon? Aber um zu investieren, muss man sich im richtigen Moment ein Herz nehmen. Und das tun wir jetzt. Wir leisten uns den in Aussicht stehenden Kapitaldienst, aber wichtig ist auch, daran zu erinnern, dass wir noch mehr Einnahmen benötigen. Die Gewerbesteuer spielt da eine wichtige Rolle – und damit wären wir beim dritten Thema. Was wir nämlich beobachten, bei Gewerbeausweitungen, aber nicht nur da, ist das inflationäre Auftreten von Bürgerinitiativen. Wenn man genauer hinsieht, sind deren Ursprünge durchaus verschieden, die Intentionen auch. In vielen Fällen geht es um wirklich nachvollziehbare Interessen, um aktive Gestaltung, manchmal aber auch um Veränderungsresistenz.

Gegenstand des Protestes ist fast immer eine bauliche Veränderung. Reinbek hat sich in der Vergangenheit verändert und wird es auch in Zukunft tun. Es kann und darf sicher nicht das Ziel sein, jede Entwicklung abzublocken. Es tut mir und uns allen doch in der Seele weh, immer wieder Proteste zu sehen, wenn irgendwo gebaut werden soll. Und bei weitem nicht immer haben wir als Rathaus da Aktien drin. Fest steht nämlich, dass wir schon heute überobligatorisch beteiligen und informieren. Aber in bestimmten, kritischen Fällen, ist das entweder nicht bekannt, zu kompliziert oder es reicht ganz offenkundig nicht aus. Nun muss man wissen, dass es für uns bei der Fülle an Bauanträgen auf den ersten Blick gar nicht immer erkennbar ist, ob es sich um „kritische Bebauung“ handelt - oder nicht. Meinungsverschiedenheiten lassen sich also gar nicht pauschal vermeiden, zumal es natürlich auch Egoismen gibt. Sie wissen ja - „nicht vor meiner Haustür“. In einigen Fällen aber ist es offenkundig und da frage ich mich, was allen Ernstes dagegen spricht, als allererstes aufeinander zuzugehen. Wenn z. B. Firmen sich verständlicherweise erweitern wollen, kann man als Vorhabenträger nicht mit den Nachbarn sprechen, bevor sich die Ausschüsse mit dem Projekt befassen?

Wir müssen es uns leisten, absehbare Konflikte im vorpolitischen Raum zu benennen und nach Möglichkeit zu lösen. Nicht erst streiten und dann überlegen, wie man zusammenfindet. Wir brauchen ein Reinbeker Modell der sehr frühzeitigen Bürgereinbindung, wenn es darum geht, Planungsprozesse anzustoßen und miteinander abzuwägen. Das geht aber nur unter zweierlei Voraussetzungen: Zum einen liegt das Entscheidungsmonopol bei der Stadtvertretung, die sich im Sinne der Sache im ersten Moment zurücknehmen müsste. Hierzu werde ich den Fraktionen demnächst einen Vorschlag vorlegen und hoffe - schon wieder - auf eine umfassende Bereitschaft zum Querdenken. Das allein bringt aber nichts, wenn man als Bürgerin oder Bürger mit verschränkten Armen neben seiner Meinung steht und eigentlich gar nicht bereit ist, sich in den Prozess einzubringen. Wer also nur laut „dagegen“ ruft und nicht diskutieren möchte, sollte an Einfluss verlieren. Es ist der Sinn für das Kommunale, für die aktive Gestaltung von Nachbarschaft, die ich sowohl den Vorhabenträgern als auch den Skeptikern abverlangen will. Dazu ist aber auch wichtig, dass man uns erstmal abnimmt, nicht alles bebauen und plattbügeln zu wollen. Die Skepsis gibt es hier, auch in der Politik. Um ein Beispiel zu nennen: Auch Wohnbebauung ist kein Selbstzweck. Wer das will, muss begründen, warum er das vorhat. Ich meine zum Beispiel, dass es doch möglich sein muss, Wohnraum für Menschen zu schaffen, die eben kein doppeltes Einkommen haben oder eine Kieseinfahrt mit großem Wagen drauf. Wer alt wird oder nach der Schule seine Ausbildung machen möchte, für den darf doch nicht die Konsequenz lauten, dass er seine Heimatstadt verlassen muss, weil er sie sich nicht leisten kann.

Heimatgefühl geht auch verloren, wenn Menschen in ihrer Stadt keine Wohnung mehr bezahlen können. [...]"